

Maßnahmen gegen den Klimawandel

Der Klimawandel, das Artensterben, und die vielfältige Zerstörung der Umwelt sind die Folgen der ausbeuterischen Wirtschaftsweise der Industrie- und Schwellenländer. In diesem Dokument wollen wir uns auf den Klimawandel konzentrieren, er ist aktuell die größte Bedrohung und die größte Herausforderung vor der die Menschheit je stand. Das Abschmelzen des Grönlandeises und der Gletscher beschleunigt sich. Selbst die Antarktis verliert heute 6-mal mehr Eis als vor 40 Jahren. In Alaska werden Temperaturen von 20 °C über dem Normalwert gemessen. Der Auftauprozess der Permafrostböden schreitet viel schneller voran als erwartet. In Kanada wurde bereits der für 2090 erwartete Stand erreicht, und seit 2006 wird ein rapider Anstieg der Methankonzentration in der Atmosphäre dokumentiert.

Der Klimawandel-Kipppunkt, also der Punkt, ab dem der Klimawandel sich selbst verstärkt und nicht mehr gestoppt werden kann, steht vermutlich unmittelbar bevor. Nur ein ganz consequentes Handeln kann uns vor der drohenden Katastrophe bewahren. Nach den Erkenntnissen der Wissenschaft dürfen nur noch 600 Milliarden Tonnen äquivalent CO₂ in die Atmosphäre gelangen, wenn der Temperaturanstieg, wie in Paris beschlossen, von deutlich unter 2°C, möglichst 1,5 °C, nicht überschritten werden soll. Das bedeutet, dass der Ausstoß von Treibhausgasen (THG) bis zum Jahr 2030 halbiert und bis 2040 auf „Netto 0“ reduziert werden muss.

Die bis jetzt in Deutschland und in der EU ergriffenen Maßnahmen gegen den Klimawandel sind bei weitem nicht ausreichend. In Deutschland ist vor allem die Zielsetzung für 2030 völlig unzureichend, sie sieht nur eine Reduzierung um 31% gegenüber dem Stand von 2019 vor. Auch mit dem Ziel „netto 0“-Emissionen bis 2050 wird das in Paris beschlossene Ziel von deutlich unter 2 °C nicht erreicht.

Wenn Deutschland seine Verpflichtungen im Rahmen des Pariser Abkommens wirklich erfüllen will, müssen wir den Ausstoß von Treibhausgasen (THG) bis 2040 auf netto 0 reduzieren. Das bedeutet, dass noch bestehende unvermeidbare Emissionen an THG (z.B. bei der Produktion von Zement) durch geeignete Maßnahmen kompensiert werden müssen; z.B. durch die Anreicherung des Bodens mit Humus, oder durch zusätzliche Aufforstungen. Damit wir bis 2040 in die Nähe des erforderlichen Ziels kommen, muss der THG-Ausstoß jedes Jahr um etwa 8 – 9 % reduziert werden! Das ist eine gewaltige Herausforderung.

Dieses Ziel werden wir nur dann erreichen können, wenn alle auch noch so geringen Einsparpotentiale realisiert werden. Dazu müssen wir die Kreativität aller Menschen aktivieren und nutzen - die Kreativität in unseren Unternehmen und die Kreativität unserer BürgerInnen in ihrem privaten Umfeld.

Dazu müssen 3 Voraussetzungen erfüllt werden:

- 1. Transparenz:** Bei jedem Produkt und bei jeder Dienstleistung muss erkennbar sein, wie viel Treibhausgase bei der Bereitstellung entstanden sind, bzw. bei der Verwendung entstehen, so dass alle Produzenten und alle KonsumentInnen erkennen können, wie sie am effektivsten ihren Beitrag für den Klimaschutz leisten können.
- 2. Begrenzung:** Zusätzlich zur Transparenz ist es erforderlich, dass der Ausstoß an Treibhausgasen stufenweise gedeckelt wird. Anders werden wir das Ziel „netto 0“ bis zum Jahr 2040 nicht erreichen.
- 3. Sozialer Ausgleich:** Da zu erwarten ist, dass für die Erreichung der Emissionsziele der CO₂-Preis sehr hoch sein wird, insbesondere in der Endphase, ist für die zu erwartenden Preissteigerungen ein sozialer Ausgleich unabdingbar.

Es gibt noch eine 4. wichtige Anforderung: Das System muss nach der Beschlussfassung schnell, also innerhalb von 2 – 3 Jahren realisierbar sein.

Bisher bekannte Vorschläge:

Für die Erreichung des Klimaschutzziels werden in den politischen Gremien und in den NGOs hauptsächlich 3 Arten von Vorschlägen diskutiert:

1. Ordnungspolitische Maßnahmen

Sie werden vor allem in den NGOs vorgeschlagen. Die am häufigsten genannten Vorschläge sind:

- Schließung aller Kohlekraftwerke bis 2030, verbunden mit beschleunigtem Ausbau von Solar- und Windkraftanlagen
- Verbot von Kurzstreckenflügen
- Verbot der Produktion von Autos mit Verbrennungsmotoren (meistens ab 2030)
- Verbot der Zulassung von PKWs für den privaten Gebrauch ab 2035, verbunden mit konsequentem Ausbau des ÖPNV
- Verhinderung des Baus von freistehenden Einfamilienhäusern in überzogener Größe
- Verbot von Einwegverpackungen und -Flaschen

2. **Der Emissionshandel**, er wird vor allem in politischen Gremien diskutiert und von ihren Beratergremien empfohlen.

3. **Die CO₂-Steuer** bzw. CO₂-Bepreisung, sie wird sowohl von politischen Gremien als auch von NGOs vorgeschlagen.

Bewertung der Vorschläge

Die vorgeschlagenen **ordnungspolitischen Maßnahmen** sind richtige und wichtige Schritte für den Klimaschutz, sie sind aber nicht ausreichend, um das erforderliche Ziel zu erreichen, denn viele weitere Möglichkeiten zur Reduktion der THG-Emissionen sind nicht offensichtlich und daher nicht zentral planbar.

Außerdem gibt es Reduktionsmöglichkeiten, bei denen es keinen Sinn macht, sie vorzuschreiben, weil die Einhaltung der Vorschrift nicht überwacht werden kann. So wäre es z.B. unsinnig vorzuschreiben, wieviel Butter, Käse, Fleisch oder Wurst eine Person konsumieren darf, denn es könnte nicht überwacht werden. Es wird auch schwierig sein vorzuschreiben, ob z.B. ein Haus abgerissen und neu aufgebaut werden darf, oder ob nur eine Renovierung in Frage kommt. Neben dem Erlass von **ordnungspolitischen Maßnahmen** sind deshalb zusätzlich systemisch wirkende Maßnahmen erforderlich, damit **alle Reduktionspotentiale** ausgeschöpft werden.

Mit dem **Emissionshandel** könnte theoretisch die Emission sehr gezielt im erforderlichen Umfang reduziert werden, wenn nur die im Reduktionsplan vorgesehene Anzahl von Zertifikaten versteigert würden. Beim EU-Handelssystem ist jedoch die Wirkung völlig unzureichend, vor allem weil zu viele Zertifikate kostenlos ausgegeben wurden und die Reduktionsziele mit bisher 1,74 % und ab 2021 mit 2% viel zu gering sind, außerdem ist das System wegen der Möglichkeit des Handels mit Zertifikaten und durch die weltweiten Kompensationsmöglichkeiten nicht kontrollierbar.

Mit der seit Januar 2021 eingeführten **CO₂-Bepreisung**, deren Steigerungsrate über mehrere Jahre geplant ist, kann die Reduktion der Emission nicht vorgegeben werden, weil sie **nur eine Lenkungswirkung hat**.

Das Not-wendige Klimaschutzziel wird mit den bisherigen Vorschlägen nicht erreicht werden können.

Unser Vorschlag: Das zweistufige Emissionsbegrenzungssystem

Damit das Klimaschutzziel noch rechtzeitig erreicht wird, ("netto 0" Emissionen bis 2040), muss es schnell einföhrbar sein, es muss die sozialen Belange berücksichtigen und eine ordnungsrechtlich festgesetzte, strikte Emissionsbegrenzung ermöglichen.

Das von uns vorgeschlagene System baut daher auf der eingeführten **CO2-Bepreisung** auf, jedoch verbunden mit jährlich festgesetzten Emissionsobergrenzen, so dass das in Paris vereinbarte Klimaschutzziel erreicht werden kann.

In der **ersten Stufe** des **zweistufigen Emissionsbegrenzungssystems** wird versucht, durch eine jährlich neu festgesetzte CO2-Bepreisung, also durch eine **dynamisierte CO2-Bepreisung, das festgesetzte Reduktionsziel zu erreichen**. Wenn sich nach etwa 4 – 5 Jahren der Praktizierung dieser Methode herausstellen, dass auch mit dieser dynamisierten CO2-Bepreisung das Reduktionsziel nicht erreicht wird, empfehlen wir die **Kontingentierung des THG-Ausstoßes**.

Dazu wird folgendes Verfahren vorgeschlagen:

- Das in jedem Jahr noch verfügbare THG-Kontingent (in Höhe der geplanten Deckelung) wird an jene Unternehmen versteigert, bei deren Produktion THG entstehen, deren Produkte THG freisetzen (Benzin, Gas, etc.), sowie an Importeure. (Die Teilnahme am EU-Emissionshandelssystem wird dann beendet.)
- Das erforderliche Kontingent kann nur im eigenen Land ersteigert werden
- **Einen Handel mit Kontingenten und die Kompensationsmöglichkeiten, wie dies beim EU-Emissionshandelssystem möglich ist, gibt es nicht mehr.**

Weitere Vorschläge für beide Systemvarianten:

- a) Die Reduktionsrate wird in allen Ländern so festgelegt, dass das in Paris beschlossene Ziel erreicht wird.
- b) Die Einnahmen aus der CO2-Bepreisung bzw. der Versteigerung des Kontingents werden an alle BürgerInnen in gleicher Höhe ausbezahlt; dadurch erhalten diejenigen einen Bonus, die umweltbewusst konsumieren und dadurch einen THG-Ausstoß verursachen, der unter dem Durchschnitt liegt. Für sie ist dann die Rückerstattung höher als die Emissions-Mehrkosten.
- c) Bei allen Produkten und Dienstleistungen wird die Höhe der anteiligen Kosten für die CO2-Bepreisung bzw. der Ersteigerung der Kontingente im Verkaufspreis ausgewiesen; dadurch wird der THG-Rucksack bei allen Produkten und Dienstleistungen sichtbar.
- d) Beim Export und Import von Waren erfolgt für die CO2-Bepreisung bzw. für die Kontingentkosten ein Grenzausgleich, wie dies bei der MwSt. praktiziert wird. Das bedeutet, dass der THG-Ausstoß bei der Produktion und beim Transport der importierten Waren mit der gleichen CO2-Bepreisung bzw. den gleichen Kosten für die THG-Kontingente belastet werden, wie die inländischen Produkte. Aus diesem Grund müssen alle Importeure von Waren und Dienstleistungen THG-Kontingente ersteigern.

Die Vorteile dieses Systems

- Der wichtigste Vorteil dieses Systems besteht darin, dass wir Menschen unsere Kreativität und unseren Ehrgeiz für besondere Leistungen nicht mehr dafür einsetzen werden, möglichst alles besser, schneller, höher und schöner zu machen und dadurch den Wachstumsdrang hervorrufen, sondern wir müssen und werden unsere Kreativität in Zukunft für die Lösung des Klimaproblems nutzen. Insbesondere die Unternehmen werden ihre Geschäftsstrategie völlig umändern, denn sie werden nur noch dann im Geschäft bleiben können, wenn sie Produkte und Dienstleistungen mit ganz geringem THG-Rucksack und langer Nutzungsdauer anbieten.
- Das System ist durch die Rückerstattung der Einnahmen aus der CO2-Bepreisung bzw. der Versteigerung der Kontingente sozial ausgleichend.
- Durch die Kosten-Transparenz ist es möglich, dass alle für sich frei entscheiden können, wie sie ihren Anteil für den Klimaschutz beitragen wollen. Das steigert die Akzeptanz, die Motivation und die Kreativität.

Auch für die Unternehmen ist diese Kostentransparenz wichtig, weil sie dadurch sehen, mit welchen Maßnahmen sie den Emissionskostenanteil am effektivsten reduzieren können.

- Die gut geführte biologische Landwirtschaft wird sich durchsetzen, da sie weit weniger Lachgas produziert und durch die Humusanreicherung Kohlenstoff aus der Atmosphäre im Boden bindet und deshalb sehr viel weniger oder evtl. keine Emissionskosten entstehen. Es wird sogar Bio-Betriebe geben, die mehr CO₂ aus der Atmosphäre binden, als sie Treibhausgase verursachen. Diese Leistung wird dann vergütet.
- Dieses System hat eine umfassende Wirkung. Es wird die Effizienz beim Energie- und Rohstoffverbrauch gesteigert, und es wird die Suffizienz gefördert. Die Folge wird sein, dass die Verkehrsbelastung und der Landschaftsverbrauch zurückgehen, es werden wartungs- und reparaturfreundliche Produkte angeboten werden, und es werden alle ökologisch sinnvollen Recyclingmethoden zum Einsatz kommen.

Mit dem vorgeschlagenen **Emissionsbegrenzungssystem** wird das erforderliche Klimaschutzziel am ehesten noch erreichbar sein.

Auf was wir uns einstellen müssen

Seit über 200 Jahren beuten wir Menschen in den Industriestaaten die Natur in einer zuvor unvorstellbaren Weise aus und wir geben die Abfälle in die Böden, die Gewässer und in die Atmosphäre ab. Der Klimawandel zwingt uns nun zu einer „radikalen“ Kehrtwende. Diese unabwendbare Wende, die wir in nur 20 Jahren vollziehen müssen, wird große Veränderungen erzwingen.

Unabhängig von der Methode zur Reduzierung des Ausstoßes der Treibhausgase wird es in Branchen mit hohem Energie- und Rohstoffverbrauch trotz dem zu erwartenden technischen Fortschritt zu erheblichen Umsatzrückgängen kommen. Es wird einige andere Branchen geben, in denen ein Wachstum zu verzeichnen sein wird, wie z.B. in der einheimischen Tourismusbranche. Es ist wahrscheinlich, dass zwar zu Beginn dieser Wende vorübergehend sogar ein Wachstumsschub entsteht, auf Dauer wird jedoch die Wirtschaft nicht mehr wachsen können, sogar eine Schrumpfung ist nicht auszuschließen.

Das bedeutet aber, dass wir für den Fall der Stagnation oder der Schrumpfung der Wirtschaft ein neues wirtschafts- und Gesellschaftssystem benötigen - einen Gesellschaftswandel, denn das kapitalistische System erfordert - wegen der Ausschüttung von Kapitalgewinnen und die damit verbundene Kapitalakkumulation - ein anhaltendes Wachstum, und das wird in unserer endlichen Welt schon in wenigen Jahren mit großer Wahrscheinlichkeit nicht mehr möglich sein. Wir tun also gut daran, uns schon heute auf die Suche nach neuen, alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen zu begeben.

Die von der Natur erzwungene Wende wird auch Auswirkungen auf die Arbeitsplätze und die Arbeitsproduktivität haben. In der Vergangenheit wurde die Arbeitsproduktivität durch den immer höheren Einsatz von Maschinen, Rohstoffen und Energie gesteigert. Das wird in der Zukunft nicht mehr möglich sein. Es ist deshalb zu erwarten, dass in Zukunft die Arbeitsproduktivität stagniert oder vielleicht sogar sinkt. Dies wird Auswirkungen auf die Preise und das Einkommen haben. Auch aus diesem Grund benötigen wir ein neues, sozial gerechtes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem mit einem neuen Verständnis von sozialer Gerechtigkeit.

Eine solche alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsform wird zur Erreichung der Zukunftsfähigkeit neben einer Effizienzstrategie (einer höchstmöglichen Ausnutzung aller Ressourcen) auch eine Suffizienzstrategie entwickeln müssen: mit weniger materiellen Verbrauch mehr von immateriellen Werten qualitative besser leben, z.B. von zwischenmenschlichen, sozialen, geistigen, emotionalen, ästhetischen, künstlerischen, spirituellen Werterfahrungen. Nur so kann eine notwendige Reduktion der Produktion und Konsumtion und ein solidarisches Teilen der Güter positiv gelebt und realisiert werden.

Die Erarbeitung eines zukunftsfähigen Systems ist ein Schwerpunkt der Arbeit der Akademie Solidarische Ökonomie (ASÖ). Sie sind herzlich eingeladen daran mitzuwirken.